



Österreich gehört zu den wichtigsten Ländern für UNO-Friedensmissionen.

Foto: afp / Menahem Kahana

Zur Verteidigung der österreichischen Neutralität

Sie hat sich vielfach bewährt, und die Zustimmung in der Bevölkerung ist extrem hoch.

Gastkommentar

von Georg Becker
und Josef Hoppichler

Österreichs immerwährende Neutralität, die im aktuellen Ukrainekrieg zunehmend zu erodieren droht, ist eine verteidigungswürdige – so meinen wir. Es gibt politische Kräfte, welche vehement daran arbeiten, die in unserer Verfassung verankerte Neutralität zu untergraben. Fast täglich gab und gibt es in den Medien Angriffe und Relativierungen zu diesem für Österreich staatstragenden Eckpunkt unseres Gemeinwesens.

Man versucht also gleichsam Österreichs Neutralität „sturmfähig zu schießen“, obwohl diese sich als vermittelndes und friedentiftendes Element sehr bewährt hat. Beispielsweise seien hier nur die Vermittlerrolle im Kalten Krieg, Bruno Kreiskys aktive Außenpolitik zur Friedensstiftung im Nahen Osten oder die zahlreichen, mit keinem anderen Land in der Anzahl vergleichbaren UNO-Friedensmissionen des Bundesheeres erwähnt.

In den Schützengrabenkrieg müssen zumeist nicht die Kinder der Reichen – und wenn, dann bilden sie die Offizierskader, sondern in die Schützengraben müssen die sozial Schwachen, und das hieß bei uns vorwiegend: die Arbeiter- und Bauernbuben. Und selbst bei den zivilen Opfern, welche vorwiegend Frauen und Kinder einschließen, ist die soziale Verteilung eine schiefe.

Das Vermächtnis einer deutschen Pazifistin

Ein Artikel zur grundlegenden Kritik an der Position der deutschen Grünen zum Ukraine-Krieg erschien im Februar in der „Berliner Zeitung“. Antje Vollmer, die am 15. März verstorbene langjährige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, verfasste das „Vermächtnis einer Pazifistin“, einen feurigen Artikel für den Frieden. Worüber sie schrieb, spiegeln einige Kapitelüberschriften wider:

- Bei der Geschichte ist es immer wichtig, von welchem Anfang man sie erzählt.
- Russlands große Vorleistung des Gewaltverzichts.

- Der Krieg verschlingt sinnlos die Milliarden (die wir für die Klimawende bräuchten).
- Die Grünen waren einmal Pazifisten – wir hatten einen echten Schatz zu hüten: Wir waren nicht eingebunden in die machtpolitische Blocklogik des Kalten Krieges.

Vollmer hatte etwas von Berta von Suttner's „Die Waffen nieder!“ in sich.

Die Analyse eines erfahrenen österreichischen Diplomaten

Wenn man sich mit politischen Dimensionen des Ukraine-Konflikts im Verhältnis zu Österreich auseinandersetzt, stößt man fast zwangsläufig auf Wendelin Ettmayer mit der Analyse „Die neue Weltordnung und der Krieg in der Ukraine“. Er war Sicherheits Sprecher der ÖVP und später österreichischer Botschafter unter anderem in Finnland und Estland sowie im Europarat. Auch seine Analyse kann bereits in den ersten vier Kapitelüberschriften als sehr spannend bezeichnet werden:

- Der Kampf um die Ukraine hat schon vor drei Jahrzehnten begonnen.
- Geht es in der Ukraine um Werte oder um Interessen?
- Warum hat die neue Weltordnung zu Krisen und Kriegen geführt?
- Die neue Ordnung in Europa wurde gegen Russland errichtet.

Ein Plädoyer für Verhandlungen

Zudem beobachten wir seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges ein Wegducken in der österreichischen Politik und eine weitgehende Annahme der alles verengenden These: Wladimir Putin hat den Krieg vom Zaun gebrochen und ist der kriminelle Aggressor, gegen den die Ukraine nicht verlieren darf.

Es war der Sozialphilosoph Jürgen Habermas, der in diesem Zusammenhang in der „Süddeutschen Zeitung“ mit einem „Plädoyer für Verhandlung“ darauf hinwies, dass dies eine simple Freund-Feind-Perspektive sei, und dass es fatal sei, „die bellizistische Lösung internationaler Konflikte auch noch im 21. Jahrhundert für ‚natürlich‘ und alternativlos“ zu halten. Er warnte uns gleichsam vor der „manichäischen Falle“, also vor einer Trennung in eine

absolut „gute“ und eine „böse“ Welt-sicht und in ein „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich“. Genau das findet aber auf internationaler Ebene mit Österreichs immerwährenden Neutralität momentan statt.

Auch der vormalige ranghöchste deutsche Soldat, General a.D. Harald Kujat, der Vorsitzende des Nato-Russland-Rates, meinte in einem Interview: „Vielleicht wird einmal die Frage gestellt, wer diesen Krieg nicht verhindern wollte.“ Auch das gilt es, wenn wir über Sicherheit in Europa nachdenken, zu beachten: Wer ist somit nicht für den Frieden?

Österreichs Neutralität – von wem nicht geliebt?

Laut einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) halten 70 Prozent der Bevölkerung die Neutralität für „sehr wichtig“ und 21 Prozent für „wichtig“. Viel mehr Zustimmung ist gar nicht möglich, denn „5 Prozent sind immer dagegen“, so ein Meinungsforscher. Und wenn wir den Bogen in offenen Alltagsgesprächen von „links“ nach „rechts“ oder sonst wie kreuz und quer durch die Weltanschauungen spannen, sehen wir, welche breiten Konsens es für den Kern unserer Neutralität tatsächlich gibt.

Wir sollten diesen Konsens als Verbindendes unseres Gemeinwesens und Staates pflegen und nutzen – so meinen wir. Deshalb ein Aufruf an alle friedliebenden Bürgerinnen und Bürger, der in Österreich vielleicht sogar als revolutionär empfunden werden könnte: Mischen Sie sich bitte politisch ein! – Wir wiederholen: Mischen Sie sich bitte politisch ein! ■

Zu den Autoren

Georg Becker ist Jurist und war im Öffentlichen Dienst tätig. **Josef Hoppichler** war bis 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen sowie Lektor für Ressourcenökonomie an der Universität für Bodenkultur. Beide waren und sind als unabhängige Gewerkschafter im Rahmen der UGöD aktiv.

Zum Kommentar von Christina Böck, 29. April

Ein mehr als nur fragwürdiger Vergleich

Christina Böck zeigt hinsichtlich des Verhaltens der Mediensprecherin der Grünen Eva Blimlinger vornehme Zurückhaltung und nimmt deren Entschuldigung für ihre verbale Entgleisung an mit dem Hinweis, dass viel Unentschuldigbares bleibe.

Die Medienpolitik Blimlingers könnte als Markenzeichen für Kulturversagen in die Geschichte des Parlamentarismus der Republik eingehen. Sie hat alles in „ihrer Macht Mögliche“ getan, um die „Wiener Zeitung“ als Printmedium zu vernichten. Und sie vergleicht das Verschwinden der gedruckten „Wiener Zeitung“ mit dem Untergang des Nationalsozialismus und anscheinend ihr Wirken mit dem Sieg der Roten Armee über Hitler. Dieser Vergleich entlarvt Blimlingers Wunschdenken als „wegweisende“ Kulturpolitikerin.

Faktum ist, dass die „Wiener Zeitung“ als älteste Tageszeitung der Welt nur während der NS-Herrschaft nicht erscheinen durfte. Daraus resultiert, dass Blimlinger & Co „per legem in der Republik Österreich Hitlers Werk vollenden“. Der Bundesrat könnte noch die kulturelle Ehre des österreichischen Parlaments retten.



Eva Blimlinger. Foto: apa / R. Schlager

Elfriede Jelinek hat in ihrer Wortmeldung unter Rekurs auf Heinrich Heine gemeint: „Wer Zeitungen abschafft, schafft auch am Ende Menschen ab.“ Vielleicht wird sie durch dieses unsagbare Kulturversagen animiert, dem Beispiel des römischen Dichters Juvenal zu folgen: „Difficile est satiram non scribere.“

Erstaunlich ist, dass sich Alexander Van der Bellen weiterhin in Schweigen hüllt. Eine Kulturinstitution, die seit 1703 bestehende „Wiener Zeitung“, wird als Printmedium vernichtet und der Bundespräsident schaute einfach zu. Dieses Schweigen spricht Bände!

Prof. Dr. Fritz Rubin-Bittmann,
1020 Wien

Eine medien- und kulturpolitische Schande

Die Schwarz-Türkisen mit der Unterstützung der Grünen lassen die „Wiener Zeitung“ über die Klinge springen und die Historikerin Eva Blimlinger blamiert sich mit dem misslungenen Vergleich mit der Naziherrschaft. Hätte ein Freiheitlicher das gesagt, wäre Feuer am Dach der Republik. Die medienpolitische Qualität von Eva Blimlinger und Susanne Raab als Vertreterinnen der Regierungsparteien offenbart sich, ahnungslose Borniertheit und stures Beharren zeichnet sie alle aus. Es ist was es ist: eine medien- und kulturpolitische Schande. Auch so kann man in die Geschichte eingehen.

em. RA Dr. Wolfgang Rainer,
3420 Kritzensdorf

Leserbriefe werden nur abgedruckt, wenn sie mit vollständiger Adresse versehen sind und Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.